

Neubauverbote für AKWs oder nationale Schutzprogramme für die heimische Wasserkraft unmöglich werden. Gemeinden könnten ihre Stromanbieter nicht mehr rekommunalisieren, wenn die privaten Versorger den Wechsel zu erneuerbaren Energien nicht vorantreiben. Gesetzlich verankerte Umwelt- oder Konsumentenschutzgesetze dürften nicht mehr erweitert werden – ein Atomausstieg wie nach Fukushima 2011 oder ein Fracking-Moratorium wären unmöglich. Alle neuen Technologien, auch wenn sie sich schädlich auf die Umwelt auswirken, würden automatisch erlaubt.

TiSA und der Datenschutz

Datenschutz gilt vielen TiSA-Parteien als unbequemes Handelshemmnis. Sie wollen eine Übertragung persönlicher Daten auch in Drittländer erlauben – selbst wenn dort das Datenschutzniveau niedriger ist. Die Forderung, dass von Firmen erhobene Daten nicht für andere Zwecke genutzt werden dürfen, wäre damit hinfällig und ein beliebiger Weiterverkauf möglich – auch in Länder mit mangelhaftem Datenschutz wie die TiSA-Verhandlungspartner Türkei, Kolumbien, Pakistan und die USA. Profitieren würden von dieser Regelung hauptsächlich Firmen, die persönliche Daten zu Werbezwecken nutzen.

Globale Standards für gerechten Handel statt TiSA & Co!

Wirtschaftliches Handeln darf nicht auf Kosten der Demokratie gehen. Handelsabkommen, deren erklärtes Ziel es ist, den Gestaltungsrahmen von ganzen Gesellschaften zu begrenzen, gehen in eine gefährliche Richtung. Die Welt braucht nicht mehr, sondern gerechten und nachhaltigen Handel! Dies

gelingt nur mit hohen Umwelt- und Sozialstandards. Zum Beispiel müssten Forderungen nach Schiffsdieselbesteuerung, Arbeitsstandards oder einer internationalen Finanztransaktionssteuer fester Bestandteil in neuen Handelsabkommen sein. UN-Ziele wie Klimaschutz oder die Nachhaltigen Entwicklungsziele 2030 müssen den Rahmen setzen. Dann können Handelsabkommen vom Problem zum Teil der Lösung werden.

Jetzt mitmachen!

- ▶ **Informationen einholen!** Auf unserer Webseite, über unseren Newsletter, auf unseren Veranstaltungen (www.attac.de/tisa). Dort gibt es auch Hinweise auf aktuelle Aktivitäten zum Mitmachen.
- ▶ **Informationen teilen!** Freund*innen, Bekannte und Medien auf TiSA, TTIP & Co ansprechen!
- ▶ **Abgeordnete ansprechen!** Bei den Entscheidungsträger*innen ist TiSA bisher kaum Thema. Tipps, wie sich das ändern lässt, stehen unter www.attac.de/abgeordnete.
- ▶ **Kommunen warnen!** Werdet eine der über 2300 Kommunen, Städte und Kreise in Europa mit Resolutionen gegen TTIP, CETA & TiSA! Musterresolution und Anleitungen unter www.attac.de/ttip-in-kommunen und www.ttip-free-zones.eu.



Politisches Engagement kostet Zeit und Geld – bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Attac Trägerverein e.V.

BIC: GENODEM1GLS

IBAN: DE57 43060967 0800100800

Konto-Nr.: 800 100 800

BLZ: 43060967

GLS Gemeinschaftsbank

V.i.S.d.P.: K. Schulze, Attac Deutschland, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN



Das Dienstleistungsabkommen TiSA und seine Gefahren



Ausverkauf unserer Zukunftsgestaltung

Unsere Schulkantinen werden von McDonald's betrieben. • Höhere Schulen und ordentliche Krankenhäuser nur noch für Wohlhabende. • Private Daten werden legal in alle Welt verkauft.

Nicht möglich? Mit TiSA leider doch.

Mehr Privatisierung, geringerer gesetzlicher Schutz, höhere Gewinne für Konzerne

TiSA ist ein internationales Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA = Trade in Services Agreement). Verhandelt wird es von den selbsternannten »Really Good Friends of Services«, das sind die EU und 22 weitere Staaten, darunter die USA, die Schweiz, die Türkei, Kanada, Japan und Australien. Gemeinsam bedient die Gruppe rund 70 Prozent des Weltmarktes an Dienstleistungen. Ihr Ziel ist es, in dieser Zusammensetzung ein Abkommen mit möglichst weitgehenden Verpflichtungen auszuhandeln – das die Regeln setzt für alle weiteren Länder.

Seit 2012 tagen die Beteiligten unter strenger Geheimhaltung in der australischen Botschaft in Genf. Einfluss haben lediglich Konzernlobbyisten. Die Gespräche gleichen einem Kuhhandel, alle versuchen, für eigene Zugeständnisse möglichst viel von den anderen zu erhalten. Doch der Einsatz ist hoch. Es geht um unsere Grundbedürfnisse. Und um unsere Möglichkeiten, gesellschaftliche Entwicklungen selbst zu bestimmen.

Für die Aussicht, Gewinnmöglichkeiten abzusichern, sind die TiSA-Vertragsstaaten bereit, sich selbst die Hände zu binden. So würde es ihnen nach Abschluss des Abkommens nur noch erlaubt sein, ihre Märkte weiter zu öffnen – alles, was diese einschränken könnte, z. B. höhere Mindestlöhne, könnte dann zum Streitfall vor Gerichten werden. Auch alle zukünftigen Dienstleistungen sollen automatisch TiSA unterliegen.

Marktöffnung bedeutet auch, hart erkämpfte Gemeingüter zu verscherbeln. Demokratisch beschlossene Regelungen wie Umwelt-, Verbraucherschutz-, Sozialstandards etc. gelten TiSA als abzubauen »Handelshemmnisse«. Darüber hinaus legt TiSA Grundsätze fest, dass neue Gesetze stets mit den Interessen der Wirtschaft im Einklang stehen müssen. Der demokratischen Mitbestimmung wird ein Riegel vorgeschoben.

DIENSTLEISTUNGEN

Die sogenannten »Industrielländer« sind eigentlich Dienstleistungsgesellschaften. Der Sektor gilt als globaler Wachstumsmarkt, in der EU macht der Handel mit Dienstleistungen rund 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Darunter fallen eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Branchen: etwa das Gesundheitswesen, Transport, Energieversorgung, Großhandel oder Internet-Dienstleistungen. Viele Dienstleistungen für unverzichtbare Grundbedürfnisse werden öffentlich betrieben oder gefördert und ihre Infrastruktur wurde aus öffentlichen Geldern aufgebaut.

TISA-KNEBEL

Knebel 1: Stillhalte-Klausel

Maßstab des TiSA-Abkommens und dieser Klausel ist das sogenannte »Liberalisierungsniveau«, also die Marktöffnung und der Abbau gesetzlicher Regeln. Die Klausel verbietet damit auch, neue soziale, ökologische oder arbeitsrechtliche Vorschriften für Dienstleistungsbereiche einzuführen.

Knebel 2: Sperrklinken-Klausel

Gemäss TISA-Abkommen darf eine Regulierungsänderung nur im Sinne stärkerer Liberalisierung geschehen – und aufgrund dieser Klausel dann nicht mehr zurückgenommen werden.

Knebel 3: Negativlisten und Zukunftssicherungs-Klausel

Positivlisten enthalten alle Wirtschaftsbranchen und Regulierungsbereiche, auf die sich das Abkommen beziehen soll. TiSA arbeitet an zentralen Stellen mit Negativlisten, auf denen nur die Ausnahmen gesammelt werden. Alle dort nicht genannten, gerade die sich neu entwickelnden Dienstleistungsbereiche, müssen zwingend liberalisiert werden.

TiSA und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen

Die internationalen Konzerne auf dem Dienstleistungsmarkt erwarten Milliardenprofite von einer Privatisierung der öffentlichen Güter der Daseinsvorsorge. Dazu zählen z. B. Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Schulen und Kin-

10 862 775 000 000 €

Mit 10,9 Billionen Euro machten Dienstleistungen drei Viertel des Bruttoinlandsproduktes 2015 der EU aus.

TiSA steht für 70% des weltweiten Dienstleistungshandels.

Quellen: Weltbank via de.statista.com und Europäische Kommission via ec.europa.eu

dertagesstätten, Gesundheitswesen, Straßenbau und -reinigung, Stadtwerke oder öffentlicher Personennahverkehr. Über Generationen aufgebaut übernehmen sie existenzwichtige Aufgaben. Auf die Leistungen verzichten können die Menschen nicht. Die Preise können erhöht werden, die Qualität kann schlecht werden – die Menschen müssen es kaufen.

Auch öffentliche Aufträge müssen künftig weltweit ausgeschrieben werden. Das würde zu einem Horror an Bürokratie für Kommunen führen und ihnen verbieten, soziale und ökologische Kriterien festzulegen oder regionale Unternehmen zu fördern.

Grundsätzlich ausgenommen sind bei TiSA nur öffentliche Dienstleistungen »in Ausübung hoheitlicher Gewalt« und Dienstleistungen, die weder »zu kommerziellen Zwecken« noch »im Wettbewerb mit Privaten« stehen. Das trifft letztlich für kaum eine Leistung zu. TiSA wird einen starken Wettbewerb öffentlicher Unternehmen und privater gemeinnütziger Dienstleister mit internationalen Dienstleistungs-Konzernen einleiten und zu einem starken Trend zur Privatisierung führen.

Die kurzfristige finanzielle Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Ausverkauf der öffentlichen Güter muss regelmäßig mit langfristigen Einnahmeausfällen und hohen Folgekosten bezahlt werden. Die Folgen der Privatisierungen in den vergangenen Jahrzehnten waren schlechtere Leistungen und höhere Gebühren für die Bürger*innen, niedrigere Löhne und Arbeitsplatzabbau bei den Angestellten, Sparen an der Infrastruktur und damit auch an der Sicherheit.

Immer mehr Kommunen und auch Staaten versuchen, den teuren Irrweg der Privatisierung rückgängig zu machen und ihre Unternehmen wieder zurück zu kaufen. Aber mit TiSA

wird das untersagt: einmal privatisiert, immer privatisiert. Das wäre eine Enteignung der Allgemeinheit zum Wohle der Konzerne.

Auch der gesamte Bereich Kultur könnte unter Druck kommen, weil Subventionen nach TiSA wettbewerbsfeindlich sind – und, falls vorhanden, auch internationalen Anbietern gewährt werden müssten. Daseinsvorsorge und Kultur sind jedoch wesentlich für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Sie müssen unter öffentlicher Gestaltungshoheit und für alle zugänglich bleiben.

TiSA und Finanzmarktregulierung

Im Finanzsektor soll der Spielraum staatlicher Regulierung massiv eingeschränkt werden. Mit TiSA würde »too big to fail« endgültig zur Staatsdoktrin, sinnvolle Reformen wie die Größenbegrenzung von Instituten oder die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken wären verboten. Es wäre nicht mehr möglich, riskante Spekulationen z. B. durch eine Finanztransaktionssteuer zu verhindern – im Gegenteil könnten sogar noch neue toxische Finanzprodukte hinzu kommen, die durch TiSA automatisch zugelassen würden. Die Macher von TiSA nehmen den absehbar nächsten Finanzmarktcrash billigend in Kauf.

TiSA und Arbeitnehmer*innenrechte

TiSA berechtigt Konzerne zur vorübergehenden Entsendung von Arbeitskräften, gleich welcher Qualifikation. Unternehmen erhalten dadurch die Möglichkeit, Arbeitsstandards zu unterlaufen. Der Aufenthaltsstatus der Arbeitsmigrant*innen hängt von ihrem Beschäftigungsverhältnis ab. Eine Kündigung wäre mit der Rückkehr in das Entsendungsland verbunden. Sie können so gezwungen werden, auf ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen zu verzichten – und gehen darin in Konkurrenz mit den inländischen Arbeitnehmer*innen. Ein Arbeitsschutz- oder Menschenrechts-Kapitel ist nach Stand der Dinge bei TiSA nicht vorgesehen.

TiSA und Energieversorgung

Wenn der TiSA-Vorstoß zur energiepolitischen »Technologieneutralität« durchkommt, würden Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energiesparmaßnahmen,